

Prof. Dr. Ursula Münch  
Akademie für Politische Bildung/Universität der Bundeswehr München

Kirchliche Schulen auf dem Weg in die Zukunft EVO-Jahrestagung am Maristen-Gymnasium in Furth bei Landshut

### Festvortrag 3. Februar 2017: **Die Bedeutung der politischen Bildung an kirchlichen Schulen**

In Ihrer Einladung zur EVO-Jahrestagung ist die Bedeutung der politischen Bildung an kirchlichen Schulen sehr treffend formuliert:

*„Die politische Bildung soll auch zu einem Aufbau eines individuellen Wertesystems beitragen, das ethische Maßstäbe für die eigene Lebensführung setzt, sich auf Demokratie, Frieden und Freiheit als fundamentale Prinzipien, insbesondere auf die Achtung der Menschenwürde sowie der Menschen- und Bürgerrechte stützt und die Ablehnung extremistischer Grundhaltungen einschließt. Für die Werteeziehung an kirchlichen Schulen ist deshalb politische Bildung ein unverzichtbares ‚Muss‘.“*

Ich nehme diese Stelle aus dem Einladungstext zunächst zum Anlass,

1. Über Veränderungen in Politik und Gesellschaft und das nachlassende Vertrauen der Bürger zu sprechen,
2. Daraus ziehe ich die Schlussfolgerung, dass die Erlangung politischer Urteilsfähigkeit wichtiger ist denn je und dass diese durch die Vermittlung politischer Bildung geschehen muss – gerade auch an kirchlichen Schulen.
3. Und am Schluss gebe ich Anregungen, was politische Bildung gerade an kirchlichen Schulen leisten sollte und wie dies geschehen kann.

### **Veränderungen in Politik und Gesellschaft und das nachlassende Vertrauen der Bürger**

In Politik und Gesellschaft lassen sich verschiedene Veränderungen beobachten: Die Fliehkräfte scheinen zuzunehmen, die Spielregeln des gesellschaftlichen und politischen Miteinanders werden von einem kleinen, aber lauten Teil der Bevölkerung, für obsolet erklärt, und einen relevanten Teil der Bevölkerung scheint die Sehnsucht nach kultureller Homogenität umzutreiben.

### **Bedeutungsrückgang intermediärer Institutionen**

Während die weltpolitische Lage durch Europäisierung, Globalisierung und Digitalisierung unübersichtlicher geworden ist, verlieren gleichzeitig die Institutionen, die bislang Orientierung vermittelten und damit auch der Reduktion von Komplexität

dienten, wie Kirchen, Gewerkschaften, politische Parteien oder Verbände an Mitgliedern und damit auch an Bedeutung. Dieser Bedeutungsverlust der intermediären Organisationen hat Folgen – z.B. für die Legitimität unserer Parteiendemokratie.

Der Bedeutungsverlust intermediärer Institutionen geht einher mit massivem Vertrauensverlust von Autoritäten und Eliten in Staat, Medien, NGOs, Wirtschaft. Das bestätigt das anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos veröffentlichte neue „Edelman trustbarometer“, der zum 17. Mal in 28 Staaten insgesamt 33.000 Personen befragt. Die Vertrauenswerte mit Blick auf Staat, Wirtschaft, Medien und Nichtregierungsorganisationen waren weltweit noch nie so niedrig wie dieses Jahr. Zu diesem Bedeutungsverlust der großen Institutionen tritt die Glaubwürdigkeitskrise der Qualitätsmedien hinzu: 60 % der Befragten einer aktuellen „BR-Studie zum Vertrauen in die Medien“ glauben an eine Einflussnahme der Regierung, der Wirtschaft oder der Parteien auf die Berichterstattung der „Nachrichtenmedien“.

Und schließlich beobachten wir die antipluralistisch motivierte Sehnsucht eines Teils der Bevölkerung nach kultureller Homogenität und dem Fernhalten „der Anderen“. Dieser Aufstieg der Anti-Pluralisten im Gewand des Populismus geschah nicht aus dem Nichts heraus, sondern ist auch eine Reaktion auf Defizite der Politik und den Umstand, dass sich ein Teil der Wählerschaft bereits seit längerem von der Politik nicht mehr angemessen repräsentiert fühlt.

Während dieses Repräsentationsdefizit sich zunächst „nur“ in einer gesunkenen Wahlbeteiligung niederschlug, gelang es gelang politischen Kräften in der Zwischenzeit, zumindest einen Teil dieser Wählerschicht zu mobilisieren. Begünstigt wurde diese Mobilisierung auch durch politische Fehler wie die teilweise Missachtung von Errungenschaften unserer Sozialen Marktwirtschaft, die Verbrämung der Euro-Rettungs- und der Griechenlandpolitik als vermeintlich alternativlose Maßnahmen oder das Nichteingestehens des eigentlichen banalen Sachverhalts, dass die Vorteile der Europäisierung nicht umsonst zu haben sind, sondern zwangsläufig mit der Abgabe nationaler Souveränität an supranationale Instanzen verbunden sind.

In der Folge werden viele Errungenschaften gerade der Europäisierung und Globalisierung von einem Teil der Bürger in Frage gestellt. Grundtenor: Ihr habt uns die Welt versprochen, und was bekommen wir? Den Verlust der Kontrolle über unser Schicksal.

All das hätte wohl noch nicht genügend Durchschlagskraft besessen, um tatsächlich eine Mobilisierung der früheren Nichtwähler zu erreichen. Die Flüchtlingspolitik dagegen schon und zwar deshalb, weil sie sich mit dem Thema „kulturelle Identität“ emotional verbinden lässt und damit den Boden bereitet, auf dem Populismus, verstanden als Anti-Pluralismus, groß wird. Der Populismus mit seiner Trennung zwischen Freund und Feind zieht seine Kraft vor allem aus dem gefühlten oder zumindest befürchteten Verlust von Identität.

Die drei genannten Punkte (Bedeutungsrückgang klassische intermediäre Institutionen, Vertrauensverlust Eliten, Fehler der Politik und Aufstieg antipluralistischer Eli-

ten) treffen mit einem vierten Phänomen nicht nur zeitlich zusammen, den Wirkweisen der sog. „Sozialen Medien“. All das zusammen macht einen Teil der Wählerschaft anfällig für die politischen Kräfte, die die Wiederherstellung einer „deutschen Vertrauensgemeinschaft“ beschwören oder die uns glauben machen wollen, es gebe so etwas wie einen einheitlichen Volkswillen der wahren Deutschen. Und es führt uns vor Augen, dass die Errungenschaften der rechtstaatlich, demokratisch und pluralistisch verfassten Republik nicht selbstverständlich sind.

Was kann die politische Bildung gerade in kirchlichen Schulen diesen Tendenzen entgegenhalten?

Zunächst ist festzustellen, dass politische Bildung gegen den selbst verschuldeten Vertrauensverlust von Politik, Wirtschaft und auch Medien nichts ausrichten kann. Aber: Gegen die anderen Ursachen des Vertrauensverlusts kann politische Bildung sehr wohl etwas ausrichten.

Mit den genannten Veränderungen im intermediären System, geht etwas verloren: Deren „Einordnungsfunktion“ – und damit die Funktion der Komplexitätsreduktion. Wenn die Institutionen an Bedeutung verlieren, die bislang kraft ihrer Autorität zur Reduktion von Komplexität beigetragen haben, dann müssen die Leute eigene Kompetenzen zur Reduktion von Komplexität entwickeln. Sie müssen ihre eigene politische Urteilskraft stärken, die davor bewahrt, den Hetzern sowie den politisch, aber auch den religiös motivierten Rattenfängern auf den Leim zu gehen.

Das setzt Wissen voraus, und zwar nicht Brockhaus- oder Google-Wissen, sondern Strukturwissen und Orientierungswissen. Und es setzt Wertmaßstäbe voraus, und es setzt Haltung voraus. Wir brauchen die Haltung von Bürgern, die die unerlässliche Suche der Politik nach dem Ausgleich der Interessen nicht als „faulen Kompromiss“ abtun.

Wir brauchen mehr denn je Bürgerinnen und Bürger mit einer soliden historisch-politischen Bildung. Bürger, die verstehen, wovor der damalige französische Staatspräsident Mitterrand warnte, als er im Januar 1995 vor dem Europäischen Parlament sagte: „Nationalismus heißt Krieg. Krieg, das ist nicht nur Vergangenheit. Er kann auch unsere Zukunft sein.“

Alle Schulen müssen auch dem Ziel der politischen Mündigkeit und Handlungskompetenz ihrer Schülerinnen und Schüler gerecht werden.

Aber kirchliche Schulen tragen diese Verantwortung aus folgenden Gründen auf ganz besondere Weise:

### **1. Scharnierfunktion**

Der christliche Glaube ist ein Scharnier zwischen privater und öffentlicher Sphäre. Er konfrontiert zum einen den persönlichen Glauben und seine moralischen Imperative mit öffentlichen Problemen. Und er konfrontiert zum anderen die Öffentlichkeit mit dem persönlichen Glauben. Aus diesem Aufeinanderwirken ergibt sich meines Erachtens auch ein Auftrag an die politische Bildung kirchlicher Schulen. Die Lehrkräfte

kirchlicher Schulen müssen dieses Verhältnis regelmäßig zum Anlass nehmen, um mit ihren Schülerinnen und Schülern diese öffentlichen Probleme zu diskutieren.

## **2. Individuelle Orientierungsfunktion**

Die christliche Fundierung vermittelt sowohl den Lehrkräften als auch den Schülern an kirchlichen Schulen in der vermeintlichen Beliebigkeit der heutigen Lebensstile und Kommunikationsmittel eine gewisse Orientierung. Um wirklich belastbar zu sein, muss diese Orientierungsfunktion der christlichen Fundierung mit der persönlichen Glaubwürdigkeit der Lehrenden einhergehen.

## **3. Wächterfunktion**

Der Auftrag der Kirchen erschöpft sich jedoch auch nicht darin, als „Bundesagenturen für Werte“ (Bischof Wolfgang Huber) Werte bereit zu stellen, um so den Kitt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bereit zu stellen. Das, was kirchlichen Schulen ihren Schülern mitgeben, muss in bestimmten Fällen eher wie der Sand im Getriebe wirken: Schließlich richtet sich die Wahrheit, für die sie eintreten, nicht nach gesellschaftlichen Bedürfnissen und fügt sich nicht ins politische Machtkalkül. Kirchliche Schulen müssen ihre Schüler befähigen und ermutigen, ggf. den Finger in die Wunden der Gesellschaft zu legen.

Politische Bildung an kirchlichen Schulen steht in einer besonderen Verantwortung: Kirchliche Schulen müssen sich in der Begründung von Menschenwürde und von Menschenrechten ihr spezifisches Ethos deutlich vernehmbar machen: begründend, anregend, aber eben nicht vereinnahmend und überwältigend.

Selbstverständlich gilt aber für die politische Bildungsarbeit der kirchlichen Schulen wie für alle Träger politischer Bildung der sog. „Beutelsbacher Konsenses“: Damit ist das sog. Überwältigungsverbot (keine Indoktrination), die Beachtung kontroverser Positionen im Unterricht sowie die Befähigung der Schüler, in politischen Situationen ihre eigenen Interessen zu analysieren gemeint.

Kirchliche Schulen geben schon deshalb keinen verbindlichen politischen Wertekanon vor, weil der Wertekonsens einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft nicht christlich definierbar ist. Er muss so allgemein bleiben, dass er das Miteinander der verschiedenen Konfessionen, Überzeugungen und Wertorientierungen einschließt.

Worin besteht der Auftrag der politischen Bildung gerade in kirchlichen Schulen?

Antwortversuche:

- Junge Menschen zu einer verantwortlichen Lebensführung auf der Grundlage christlicher Maßstäbe anzuleiten,
- Ihnen sowohl das kognitive als auch ein wertebasierte Handwerkszeug zu vermitteln, das sie in die Lage versetzt, sich erstens ein eigenständiges politisches und moralisches Urteil zu bilden und zweitens sich aktiv am Gemein-

schaftsleben und der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen,

- Bereits Kindern das Verständnis ist die Bedeutung all der Mechanismen zu vermitteln, welche die Minderheiten vor der Diktatur der Lauten und vor einer möglichen Willkür der Mehrheit schützen – inklusive des Grundsatzes, dass die Mehrheitsherrschaft immer dann an ihre Grenzen stößt, wenn es um die Verbürgung von Grundrechten geht.

In der politischen Bildung geht es jedoch nicht nur um die Vermittlung der Inhalte, sondern auch um die Frage, wie diese Inhalte vermittelt werden:

Die Grundlegung des für die Gemeinschaft unerlässlichen individuellen Wertesystems, das ethische Maßstäbe für die eigene Lebensführung setzt, kann nicht allein im Frontalunterricht von statten gehen. Die Bedeutung der Achtung der Menschenwürde sowie der Menschen- und Bürgerrechte oder das Verständnis für die Spielregeln einer pluralistischen Gesellschaft erschließen sich nicht allein durch die Vermittlung von wissensbasiertem Lernstoff. Um junge Leute auf ein sinn- und verantwortungsvolles berufliches und privates Leben vorzubereiten, ist noch mehr erforderlich.

Zum Beispiel:

- die Einführung von Ehrenamtsstunden und –tagen in allen Schulen, an denen die Klassen und Schüler angeleitet und unterstützt werden, wie man ein kontinuierliches ehrenamtliches Engagement mit den Anforderungen von Schule, Ausbildung, Studium und Beruf vereinbaren kann.
- verpflichtende Projekttag der politischen Bildung in allen Schularten und für alle Jahrgangsstufen inklusive der kontinuierlichen Förderung und Unterstützung von Angeboten wie „Jugend debattiert“ und „Juniorwahlen“
- Die Stärkung der „Grundfragen staatsbürgerlicher Bildung (GSB)“ bei der fächerübergreifenden Aus- und Fortbildungen von Referendaren,
- Freistellungen für Fortbildungen in politischer Bildung auch für Nicht-Fachlehrer.

Die meisten dieser Anforderungen erfordern kein mühsames Umstellen von Stundenplänen, keine neuen Lehrpläne und schon gar keine neuen Stellen: Sie erfordern „nur“: Die Einsicht in die Tatsache, dass der größte Feind der freiheitlichen, rechtsstaatlichen und pluralistischen Demokratie nicht die Feinde der Demokratie sind, sondern diejenigen, die die demokratischen Errungenschaften für selbstverständlich halten. Aber etwas kommt natürlich hinzu: Die Einsicht allein reicht nicht aus. Konsequenzen muss man auch ziehen – wir alle.